

**Beschluss
des Landesparteitages am 17.04.2010 in Bremen**

Antragsteller: LFA Innen und Recht, Hans Schulz und Jens Oldenburg

Angenommen: **mehrheitlich** **Ja:** **X**

Abgelehnt: _____ **Nein:** _____

Verwiesen an: _____ **Enth.:** **1**

Maßnahmen zur Verbesserung der Inneren Sicherheit in der Stadtgemeinde Bremen

Die Kriminalitätsentwicklung hat in Bremen in den vergangenen Jahren beängstigende Ausmaße angenommen. Durch rigorose Sparmaßnahmen und eine verhängnisvolle Personalpolitik ist die von den sog. Polizeireformern vorgegebene Mindestzahl von 2600 Beamten bereits weit unterschritten. Sie beträgt zurzeit ca. 2450 bei fallender Tendenz.

Auch diese Entwicklung ist mitverantwortlich dafür, das Bremen unter den gefährlichsten Großstädten Deutschlands hinter Frankfurt und Hannover den 3. Platz belegt.

In der Aufklärungsquote findet sich Bremen in der Tabelle vergleichbarer Großstädte an letzter Stelle.

Wie weit die Hemmschwelle der Straftäter gesunken ist, zeigt beispielsweise die Tatsache, dass ca. 1/3 der 2399 im Jahr 2008 in Bremen registrierten Wohnungseinbrüche an Tage stattgefunden haben. Das ist eine Steigerung von 37,2 %. Die Aufklärungsquote beträgt hier 9,2%. Diese verhängnisvolle Entwicklung hat sich auch im Jahr 2009 fortgesetzt. Und auch in den ersten Monaten des Jahres 2010 ist keine Kehrtwende erkennbar.

Um beispielsweise den 10.699 Kfz-Aufbrüchen in Jahr 2008 zu begegnen, ergreift man Schwer-Inspektionsmaßnahmen, Diese Maßnahmen sind aber nur durch Vernachlässigen anderer Aufgaben und Abziehen von Personal von anderen wichtigen Tätigkeiten möglich.

Es werden zwar immer wieder kluge Konzepte im präventiven Bereich angemahnt, gleichzeitig wird aber bei der Polizei durch Einsparungen die Prävention nahezu auf Null gefahren.

Die Anfang 2010 mit viel Propaganda eingerichteten Bürgersprechstunden erwiesen sich als Flop. Der Grund für das Desinteresse liegt eindeutig in der Resignation der Bürger.

Die „Große Koalition“ war in Bremen mit dem Anspruch angetreten, die Polizei zu reformieren, um sie mit dem vorhandenen Personal effektiver und bürgernäher einzusetzen. Mittlerweile ist genau das Gegenteil eingetreten. Die Situation eskaliert, denn die aufgelaufenen Überstunden von ca.. 300.000 können weder abgefeiert noch finanziell vergütet werden. Die Polizei in Bremen kann deshalb ihren gesetzlichen Auftrag nicht mehr in vollem Umfang erfüllen.

Bei Würdigung der Situation in der Praxis der polizeilichen Arbeit wird deutlich, dass offensichtlich vom Senat und der ihn tragenden rot-grünen Koalition reine Prävention gar nicht mehr gewollt ist. Sollten Polizeireviere neben ihren straf verfolgenden Maßnahmen auch noch durch Funk-, Fuß- und Fahrradstreifen präventiv, also vorbeugend, in Erscheinung treten, wird dieses schnell, wie beim Bürgerservice, als Untätigkeit gewertet und eingeschränkt. Geöffneten Revieren hat man ja schon seit langem zu bestimmten Zeiten die Eigenschaft einer gefühlten Präsenz und somit einer präventiven Wirkung abgesprochen, Der Stellenwert einige Reviere wird nur noch nach statistisch ermittelten Besucherzahlen festgelegt. Die Reduzierung der Öffnungszeiten mit dem Versprechen, dadurch Personal für die Bürgernähe frei zusetzen, war ein durchsichtiges Täuschungsmanöver. Es sollte lediglich die Steigerung der Fehlstellen abgebremst werden. Deshalb steht kein einziger Polizeibeamter zusätzlich in der Stadtgemeinde Bremen zur Verfügung.

Der Landesverband Bremen der FDP fordert deshalb:

Die Polizei in der Stadtgemeinde Bremen muss auf die ursprünglich vorgesehene Stärke von mindestens 2.600 Beamten gebracht werden. Durch mittel- und langfristige Personalplanung ist sicherzustellen, dass diese Stärke auch ständig gehalten wird.

Dabei müssen unter anderem auch Ruhestandsversetzungen, Freistellungen durch Mutterschutz bzw. Eltern- oder Erziehungszeit (3 Jahre), Teilzeitverträge, Durchfallquoten an der Hochschule für Öffentliche Verwaltung oder Ausscheiden aus anderen Gründen (Erfahrungswerte), sowie Abordnungen zu anderen Behörden oder Auslandseinsätzen mit eingerechnet werden.

Ferner ist die Organisation zu überprüfen. Es ist eine Kriminalitäts- und Bedarfsanalyse vorzunehmen. Dabei werden problematische Ballungszentren mit überdurchschnittlichem Kriminalitätsaufkommen ermittelt, wie beispielsweise Huchting und Obervieland. Entsprechend diesen ermittelten Standorten werden personell starke und rund um die Uhr besetzte Polizeireviere eingerichtet. Die Halbtagsreviere sind aufzulösen bzw. im Einzelfall entsprechend als Vollzeitreviere wieder herzustellen.

Als Ausgleich werden in Gebieten, in denen Reviere geschlossen werden und in denen keine Ersatzreviere in der Nähe geschaffen werden, an geeigneten, frequentierten Standorten Dienststellen für den Kontaktbereichsdienst eingerichtet.

Die Anzahl der Kontaktpolizisten ist zumindest auf dem heutigen Niveau zu erhalten. Es ist kurzfristig zu prüfen, ob im Sinne einer aus liberaler Sicht effektiven Kriminalitätsbekämpfung und Prävention der zentrale Einsatzdienst und die Inspektionen ganz oder teilweise zugunsten einer dezentralen Struktur mit starken Vollzeitrevieren wieder aufgelöst werden.

Ziel der Maßnahmen muss es sein, wieder mehr Bürgernähe zu erreichen. Dadurch soll erreicht werden, dass die Polizei über bessere Ortskenntnisse und mehr Insiderwissen verfügen, als sie es bei der derzeitigen Organisationsstruktur können. Dazu soll an den in der Stadtgemeinde Bremen künftig weiter bestehenden Vollzeitrevieren neben dem Ermittlungsdienst, dem für das Gebiet zuständigen Kontaktbereichsdienst, die Jugend- und Seniorensachbearbeitung angesiedelt werden.

Es ist zu prüfen, ob und in welchem Umfang der Verkehrsunfalldienst in die Arbeit der künftigen Vollzeitreviere mit einbezogen werden kann.

Bei dieser Umorganisation der Polizeiarbeit in der Stadtgemeinde Bremen stellt sich die Frage nach der weiteren Notwendigkeit der jetzigen Polizeiinspektionen. Hier ist zu prüfen, ob nicht auch diese zugunsten effektiver, dezentraler Arbeit vor Ort wieder aufgelöst werden.